Bundesinstitut für Risikobewertung

Wissenschaftsbericht Sozialforschung

doi https://doi.org/10.17590/20261016-145657-0

16. Oktober 2026

Wahrnehmung von Gesundheits- und Verbraucherrisiken

Bevölkerungsbefragung zum BfR-Verbrauchermonitor 2026

Das BfR hat im August 2026 eine Bevölkerungsbefragung (BfR-Verbrauchermonitor) durchgeführt, um die öffentliche Wahrnehmung von Gesundheits- und Verbraucherthemen zu untersuchen. Ziel war es, die Bekanntheit von Risiken, die empfundene Beunruhigung, das Informationsverhalten sowie das Vertrauen in verschiedene Akteure und Institutionen zu analysieren.

Die Ergebnisse zeigen:

- Mikroplastik in Lebensmitteln oder Kosmetika sowie antibiotikaresistente Keime in Fleisch oder Geflügel dominieren die Risikowahrnehmung der Bevölkerung. Sie sind die bekanntesten Themen und lösen die größte Beunruhigung aus.
- Gleichzeitig fühlen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher bei vielen Themen eher mäßig oder schlecht informiert, und spezifischere Stoffe wie Trifluoressigsäure (TFA) sind weitgehend unbekannt.
- Während das Vertrauen in medizinisches Fachpersonal sehr hoch ist, stoßen Informationen, die von Künstlicher Intelligenz (KI) oder Online-Persönlichkeiten stammen, auf große Skepsis.
- Zudem wird die grundsätzliche Sicherheit von alltäglichen Konsumgütern differenziert bewertet: Während knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland gekaufte Lebensmittel als sicher einstuft, werden Reinigungsmittel und chemische Haushaltsprodukte kritisch betrachtet.

Präsentation BfR-Verbrauchermonitor 2026:

https://www.bfr.bund.de/assets/01_Ver%C3%B6ffentlichungen/Wissenschaftsberichte_deutsch/praesentation-bfr-verbrauchermonitor-2026.pdf

1 Risikowahrnehmung und -verhalten

Bekanntheit und Beunruhigung

Prominent diskutierte Verbraucherthemen weisen bei der Bevölkerung in Deutschland eine hohe Bekanntheit auf: 84 % der Befragten haben bereits von Mikroplastik in Lebensmitteln oder Kosmetika gehört. Auch antibiotikaresistente Keime (80 %), Bakterien in Lebensmitteln (73 %) und Reste von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln (72 %) sind weitreichend bekannt. Spezifischere Chemikalien weisen hingegen deutliche Bekanntheitsdefizite auf: Per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) sind 53 % der Befragten unbekannt, von Trifluoressigsäure (TFA) haben 78 % noch nie gehört.

Diese Bekanntheit spiegelt sich auch in der Beunruhigung wider: Am stärksten beunruhigen antibiotikaresistente Keime die Befragten (54 % sind sehr oder eher beunruhigt) sowie Mikroplastik (51 %). TFA löst mit 10 % die geringste Beunruhigung aus. Dennoch spielen diese Themen im Alltag der Befragten nur eine untergeordnete Rolle: Nur 18 % der Befragten geben an, täglich oder mehrmals pro Woche über Mikroplastik nachzudenken, bei Bakterien sowie antibiotikaresistenten Keime sind es jeweils 16 %.

Subjektive Einschätzung und präventive Maßnahmen

Die mögliche Schwere der gesundheitlichen Folgen wird bei antibiotikaresistenten Keimen (44 %) und Mikroplastik (40 %) am häufigsten als (sehr) schwerwiegend eingestuft. 43 % der Befragten halten es zudem für (sehr) wahrscheinlich, dass diese beiden Risikofaktoren im Laufe ihres Lebens ihrer Gesundheit schaden werden.

Aus dieser Wahrnehmung resultiert ein aktives Schutzverhalten im Alltag: 44 % der Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten aktiv versucht zu haben, sich vor Mikroplastik zu schützen. Bei antibiotikaresistenten Keimen versuchten 43 % sich aktiv zu schützen, bei Bakterien in Lebensmitteln waren es 37 % und bei Pflanzenschutzmittelresten 36 %.

2 Informiertheit und Medien

Wahrgenommene Informiertheit

Trotz der hohen Bekanntheit einiger Themen fühlt sich nur eine Minderheit der Bevölkerung wirklich gut informiert. Jeweils nur 29 % geben an, sich über Mikroplastik sowie antibiotikaresistente Keime (sehr) gut informiert zu fühlen. Bei hormonell wirksamen Stoffen (14 %), PFAS (12 %) und TFA (4 %) schätzen die Befragten ihren Informationsstand als besonders gering ein.

Mediale Aufmerksamkeit

Die wahrgenommene Informiertheit in Bezug auf die verschiedenen Themen korrespondiert in etwa mit der Wahrnehmung, wie präsent diese Themen in den Medien

sind: Am häufigsten werde über Mikroplastik (28 % geben an „oft“ oder „sehr oft“) und antibiotikaresistente Keime (20 %) berichtet.

3 Psychologische Faktoren: Informationsverhalten und Vertrauen

Nutzung von Informationsquellen

Eine Mehrheit der Befragten informiert sich über die gesundheitlichen Risiken von Stoffen oder Produkten: 28 % geben an, dies (sehr) oft zu tun, weitere 31 % gelegentlich. Konkret befragt nach dem letzten Mal, an dem sie sich informiert haben, gaben 25 % der Befragten an, eine Internet-Suchmaschine genutzt zu haben. Mit einigem Abstand folgen soziale Netzwerke und das Fernsehen (jeweils 10 %) sowie Zeitschriften und medizinisches Fachpersonal (jeweils 9 %). 6 % gaben an, zuletzt mit Hilfe von KI nach Informationen über die gesundheitlichen Risiken von Stoffen oder Produkten gesucht zu haben.

Hohes Vertrauen in Fachpersonal, Misstrauen gegenüber KI

Das Vertrauen in die unterschiedlichen Akteure der Risikokommunikation variiert stark: Das höchste Vertrauen genießen Ärztinnen und Ärzte sowie medizinisches Fachpersonal (63 % vertrauen voll und ganz oder eher) sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (56 %). Auch Verbraucherschutzorganisationen (53 %) und staatliche Gesundheitsbehörden (50 %) genießen bei der Hälfte der Bevölkerung Vertrauen.

Äußerst kritisch bewertet die Bevölkerung hingegen neue Technologien und soziale Medien: Nur 15 % vertrauen KI (z. B. KI-Chats oder Zusammenfassungen von Suchergebnissen) als Informationsquelle zum Schutz ihrer Gesundheit, 52 % vertrauen ihr (überhaupt) nicht. Das geringste Vertrauen wird Online-Persönlichkeiten wie Influencerinnen und Influencern entgegengebracht (nur 8 % Vertrauen, 72 % Misstrauen).

4 Produktsicherheit und gesellschaftliche Bedeutung

Sicherheitseinschätzung im Alltag

Die Sicherheit von in Deutschland erhältlichen Produkten wird differenziert betrachtet. Während 46 % der Befragten Lebensmittel als (sehr) sicher einstufen, sinkt dieser Wert bei Kinderspielzeug auf 33 %, bei Körperpflegeprodukten auf 32 % und bei Kleidung auf 31 %. Reinigungsmittel und chemische Haushaltsmittel werden von der Bevölkerung als am wenigsten sicher bewertet: Den 26 %, die sie als (sehr) sicher einstufen, stehen 31 % gegenüber, die sie (gar) nicht sicher finden.

Hohe gesellschaftliche Relevanz und Wunsch nach staatlichen Ausgaben

Die möglichen gesundheitlichen Risiken werden nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich als bedeutsam eingestuft: 58 % halten antibiotikaresistente Keime für die Gesamtbevölkerung in Deutschland für (sehr) bedenklich, dicht gefolgt von Mikroplastik (51 %). Dies äußerst sich im klaren Wunsch nach staatlicher Finanzierung. 55 % der

Befragten befürworten, dass Deutschland in Zukunft mehr Geld für die Sicherheit von Lebensmitteln und Alltagsprodukten ausgeben sollte. Zum Vergleich: 85 % befürworten mehr Investitionen in Bildung, 74 % in das Gesundheitssystem und 61 % in den Klima- und Umweltschutz. Hingegen befürworten nur 4 % Kürzungen im Bereich Sicherheit von Lebensmitteln und Alltagsprodukten – ein Wert, der lediglich beim Thema Bildung (2 %) unterboten wird.

Neben den abgefragten Thematiken beunruhigen die Bevölkerung spontan am stärksten allgemeine Klima-/Umweltbelastungen (11 %), grundsätzliche gesundheitliche Einschränkungen (6 %) sowie eine ungesunde Ernährung und Lebensweise (5 %).

5 Implikationen und Handlungsempfehlungen für die Risikokommunikation

5.1 Die Diskrepanzen zwischen Wahrnehmung und wissenschaftlichem Risiko

Geringe öffentliche Aufmerksamkeit bei hoher fachlicher Relevanz

Aus Sicht der aktuellen Risikobewertung und Toxikologie sind per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) sowie deren Abbauprodukte wie Trifluoressigsäure (TFA) aufgrund ihrer Langlebigkeit (sogenannte „Ewigkeitschemikalien“) und möglicher gesundheitlicher Auswirkungen (z. B. auf das Immunsystem) ein relevantes Gesundheitsthema. Die Bevölkerung nimmt diese Thematik jedoch kaum wahr: 53 % haben noch nie von PFAS gehört, bei TFA sind es sogar 78 %. Entsprechend gering ist die Beunruhigung.

Da keine alltäglichen Schutzmechanismen greifen, sollte der Fokus in der Kommunikation vielmehr auf Aufklärungsarbeit liegen. Es muss verständlich erklärt werden, was diese Stoffe sind, in welchen Alltagsprodukten sie vorkommen und warum sie aus gesundheitlicher Sicht problematisch bewertet werden, um Informationslücken zu schließen.

Subjektive Beunruhigung bei unklarer Evidenz

Mikroplastik ist das dominierende Sorgen-Thema in der Bevölkerung (84 % Bekanntheit, 51 % hohe Beunruhigung). Nach dem aktuellen Stand des Wissens liegen keine belastbaren toxikologischen Hinweise auf gesundheitliche Risiken durch die Aufnahme von Mikroplastik über Lebensmittel vor.

In der Kommunikation sollte klar zwischen Umweltrisiken und direkten gesundheitlichen Risiken über Lebensmittel differenziert werden. Transparenz über wissenschaftliche Unsicherheiten und noch laufende Forschung ist hier essenziell.

Kongruenz von objektiver Risikobewertung und Wahrnehmung

Bei antibiotikaresistenten Keimen und pathogenen Bakterien in Lebensmitteln (wie Campylobacter oder Salmonellen) decken sich Wissenschaft und öffentliche Wahrnehmung. Sie stellen real eine der größten Herausforderungen für die Lebensmittelsicherheit dar, was von der Bevölkerung als schwerwiegend anerkannt wird (54 % bzw. 41 % hohe Beunruhigung).

Hier sollte die Kommunikation auf Handlungsfähigkeit (Empowerment) setzen. Da rund 40 % der Menschen ihr eigenes Schutzverhalten hier bereits als aktiv beschreiben, sollten leicht umsetzbare Tipps zur Küchenhygiene (z. B. Vermeidung von Kreuzkontaminationen, Durcherhitzen von Fleisch) im Fokus stehen.

5.2 Vertrauensstrukturen in der Informationsbeschaffung: Wissenschaft vs. digitale Akteure

Expertinnen und Experten (wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder medizinisches Fachpersonal) genießen das höchste Vertrauen. Die Kommunikation sollte daher diese bewährten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einbinden.

Während neue Technologien und Akteure wie KI-Chats (nur 15 % Vertrauen) oder Influencerinnen und Influencer (nur 8 % Vertrauen) als Informationsquellen kritisch gesehen werden, spielen sie dennoch eine Rolle bei der Beschaffung von Informationen zu gesundheitlichen Risiken. Es ist also nicht angeraten, Risikokommunikation an automatisierte Systeme (KI) oder Social-Media-Persönlichkeiten auszulagern. Dennoch muss die Bedeutung dieser Medien bei der Risikokommunikation reflektiert werden.

Studiendesign

- **Erhebungsmethode**: Telefon-Befragung (CATI, Dual Frame)
- **Erhebungszeitraum**: 3. August bis 14. August 2026
- **Grundgesamtheit**: Deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland, die das Internet nutzen.
- **Stichprobe & Repräsentativität**: Zufallsstichprobe (n = 1.003) aus Festnetz- und Mobilfunknummern. Die Daten wurden nach Dual-Frame-Designgewichtung sowie nach Geschlecht, Alter, Bildung, Bundesland und Haushaltsgröße gewichtet.
- Link zu den Ergebnissen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung BfR-Verbrauchermonitor

Über das BfR

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist eine wissenschaftlich unabhängige Einrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH). Es schützt die Gesundheit der Menschen präventiv in den Tätigkeitsbereichen Public Health und Veterinary Public Health. Das BfR berät die Bundesregierung und die Bundesländer zu Fragen der Lebens- und Futtermittel-, Chemikalien- und Produktsicherheit. Das BfR betreibt eigene Forschung zu Themen, die in engem Zusammenhang mit seinen Bewertungsaufgaben stehen.

Impressum

Herausgeber:
Bundesinstitut für Risikobewertung
Max-Dohrn-Straße 8-10
10589 Berlin
T +49 30 18412-0
F +49 30 18412-99099
bfr@bfr.bund.de
bfr.bund.de

Anstalt des öffentlichen Rechts
Vertreten durch den Präsidenten Professor Dr. Dr. Dr. h. c. Andreas Hensel
Aufsichtsbehörde: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
USt-IdNr: DE 165 893 448
V.i.S.d.P: Dr. Suzan Fiack

gültig für Texte, die vom BfR erstellt wurden
Bilder/Fotos/Grafiken sind ausgenommen, wenn nicht anders gekennzeichnet

BfR | Risiken erkennen –
Gesundheit schützen